

Vereine müssen Daten besser schützen

Die Europäische Union verschärft die Datenschutzregeln. Auf die Verantwortlichen kommt dadurch viel Arbeit zu.

VON PETER ZSCHUNKE

MAINZ (dpa) Wie gehen wir mit dem Datenschutz um? Diese Frage müssen sich Vereine spätestens zum 25. Mai neu stellen. Dann tritt die Europäische Datenschutz-Grundverordnung in Kraft, die auch Vereine und Verbände vor neue Anforderungen stellt. Denn mit jeder Anmeldung eines Mitglieds fallen personenbezogene Daten an und viele Vereine sind noch nicht auf die neuen Bestimmungen eingestellt. „Das ist gerade noch in Arbeit“, sagt etwa Nadya Konrad vom Landesjugendring Rheinland-Pfalz.

Ähnlich klingt das beim Bundesverband Deutscher Vereine und Verbände, der sich als Anlaufstelle für das Vereinswesen in Deutschland versteht, als Musterverein für alle Belange einer rechtskonformen Vereinsführung. „Wir sind dabei, uns mit der Thematik auseinanderzusetzen“, sagt der Vorsitzende und Datenschutzbeauftragte Joost Schloemer. Die Vereine könnten dabei, etwa bei der Mitgliederverwaltung, auf die Unterstützung der Anbieter für Vereinssoftware bauen. „Diese werben damit, dass sie ihre Hausaufgaben gemacht haben und die neuen Bestimmungen unterstützen.“

Die neue Verordnung unterscheidet nicht mehr zwischen öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen. Auch ist es unerheblich, ob ein Verein im Vereinsregister eingetragen oder ein nicht rechtsfähiger Verein ist, wie der Datenschutzbeauftragte in Baden-Württemberg in einem eigens für Vereine aufgelegten Leitfaden für den Umgang mit der EU-Datenschutzverordnung klarstellt.

Ein Grundsatz der neuen EU-Verordnung ist die „Zweckbindung und Datenminimierung“. Das bedeutet, dass Daten nur „für festgelegte, eindeutige und legitime Zwecke“ verarbeitet werden dürfen, wie der Landessportverband für das Saarland (LSVS) seinen Mitgliedern erklärt. Der Umgang mit Daten müsse „auf das für die Zwecke der Verarbeitung notwendige Maß beschränkt sein“. Sportvereine müssen das etwa beachten, wenn sie Mitglieder- und bei Sportlerprofilen im Internet muss bis 16 Jahre die Zustimmung der Eltern eingeholt werden, bisher galt dies nur bis zu einem Alter von 14 Jahren.

„Wir haben jetzt allen Landesverbänden ein zentrales Informationspapier zugestellt, damit diese ihre Mitgliedsvereine entsprechend beraten können, und dieses Papier auch auf unseren Kanälen für Nutzer und Vereine veröffentlicht“, sagt ein Sprecher des Deutschen Fußball-Bundes. „Uns ist wichtig, bei diesem alles andere als einfachen Thema unserer Dienstleistungsfunktion als Verband gegenüber der Basis nachzukommen.“

In dem Papier heißt es beispielsweise: „Wenn Sie im Bereich des Datenschutzes bisher gut aufgestellt waren, ist der Aufwand überschaubar.“ Vor allem bei Informationspflichten seien allerdings „geringfügige Anpassungen“ erforderlich. Höher falle der Aufwand aus, wenn



Wer gegen die neue Datenschutzverordnung verstößt, dem drohen empfindliche Strafen. Dachverbände wie der Deutsche Fußball-Bund haben aber bereits angekündigt, ihre Mitglieder nicht alleinlassen zu wollen. FOTO: BERND WEISSBROD/DPA

ein Verein dem Datenschutz bisher eher weniger Aufmerksamkeit geschenkt habe. Sicherlich sei nicht alles vollkommen neu, was jetzt auf die Vereine zukomme, stimmt der rheinland-pfälzische Datenschutzbeauftragte Dieter Kugelmann zu. „Aber es gibt Probleme, wir haben sehr viele Anfragen von Vereinen.“ Aus Sicht der Datenschützer sei es durchaus eine erwünschte Wirkung, wenn sich Vereine jetzt intensiver mit den Anforderungen beschäftigen als bisher. Nachholbedarf sieht er bei der Anforderung, dass personenbezogene

Daten nur zu festgelegten Zwecken erfasst werden dürfen. Je nach Vereinszweck fallen unter Umständen auch sensible Daten an. Kugelmann nennt als Beispiel einen Verein, der Flüchtlingen hilft. Der korrekte Umgang etwa mit Daten wie der Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe könne da schon etwas aufwendiger werden. „Gerade wenn Vereine besonders sensible Daten speichern, die Aufschluss über die politische Einstellung geben, müssen Datenschutzvorgaben ernst genommen werden“, sagt auch die Bürgerrechtlerin Katharina Nocun.

Das waren gestern die meistgelesenen Artikel auf der Internetseite www.saarbruecker-zeitung.de:

Apple stellt die Produktion von WLAN-Routern ein

CUPERTINO (dpa) Apple hat sein jahrelang stiefmütterlich behandeltes Geschäft mit WLAN-Routern aufgegeben. Nun sollten nur noch die Restbestände der „AirPort“-Geräte verkauft werden, wie der Konzern mitteilt. Apple hatte die Produktfamilie bereits seit mehreren Jahren nicht mehr aktualisiert. Andere große Anbieter wie Google haben den Markt derweil erobert.

Für Apple spielten die Router nach eigenen Angaben finanziell keine große Rolle. Die Umsätze wurden zusammen mit diversen anderen Geräten in der Rubrik „Anderes“ verbucht.

Der Konzern zieht sich sehr selten komplett aus einer Produktparte zurück. Zuletzt passierte das mit Computer-Monitoren. Apple kündigte aber bereits die Rückkehr auf diesen Markt an.

Die meistgelesenen SZ-Artikel im Netz

Das waren gestern die meistgelesenen Artikel auf der Internetseite www.saarbruecker-zeitung.de:

- 1. Wieder Alarm an einer Schule:** Schülern ist es plötzlich übel: Großeinsatz am Sulzbacher Gymnasium
 - 2. Tod in der Saar:** Passanten verstrickt 16-Jährigen zu retten
 - 3. Stadtgeschichte:** Der vergessene „Mordbube“ aus Ensheim
- www.saarbruecker-zeitung.de

Produktion dieser Seite:
David Seel
Martin Lindemann

INFO

Hier gibt es Tipps für Sportvereine im Netz

Sowohl der Deutsche Fußballbund (DFB) als auch der Landesverband für das Saarland (LSVS) haben im Internet Ratsschläge für Sportvereine parat. Diese finden Nutzer auf den jeweiligen Webseiten, wenn sie die Suchbegriffe „Datenschutz“ (DFB) oder „EU-Datenschutzgrundverordnung“ (LSVS) verwenden.

www.dfb.de
www.lsvs.de

Bundesregierung nimmt Stellung zu Hacker-Angriffen vor der Wahl

BERLIN (dpa) Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hat sich vor der Bundestagswahl mit Hacker-Attacken auf die parteinahen Stiftungen von CDU und SPD befasst. In einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag heißt es, das BfV habe Anfang März 2017 Hinweise auf Angriffe auf das Netzwerk der Konrad-Adenauer-Stiftung erhalten. Im April habe es einen Versuch gegeben, auf Daten der Friedrich-Ebert-Stiftung zuzugreifen.

Das BfV habe zudem Versuche des chinesischen Geheimdienstes beobachtet, Mitarbeiter von Bundestagsfraktionen und politischen Stiftungen anzuwerben, so die Bundesregierung weiter.

Auch auf das Datennetz des Bundes habe es einen Hacker-Angriff gegeben. Die Bundesregierung habe nach eigenen Angaben am 18. Dezember 2017 von einem befreundeten Nachrichtendienst davon erfahren. Hinter dem Angriff solle eine Hacker-Gruppe mit Verbindungen

zu russischen Geheimdiensten gestanden haben.

Aus Sicht der Linksfraktion ist jedoch weiterhin unklar, wer für diesen sogenannten Bundes-Hack verantwortlich ist. Das Bundesinnenministerium habe für eine russische Verantwortung höchstens Indizien. Auf Basis der Faktenlage beeinflusse die Bundesregierung die politische Debatte und die öffentliche Meinung im Umgang mit Russland, kritisierte der Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko.

Internet per Glasfaser wird erschwinglicher

HANNOVER (dpa) Ein Internetanschluss per Glasfaser bietet laut der Fachzeitschrift c't hohe Geschwindigkeiten für vergleichsweise wenig Geld. Mit Preisen von unter 50 Euro für Tarife mit Download-Raten bis 100 Megabit pro Sekunde seien die Anschlüsse deutlich erschwinglicher geworden. Im Vergleich zu DSL seien die Datenverbindungen auch deutlich stabiler und Reaktionszeiten meist geringer, so das Urteil. Bekommen Hausbesitzer ein Angebot zum Anschluss an das Glasfasernetz, raten die Experten zuzuschlagen.

Für Videoportale gelten bald europaweit strengere Regeln

BRÜSEL (dpa) Videoplattformen wie Youtube müssen sich in der EU künftig an striktere Regeln bei Jugendschutz oder Werbung halten. Der zuständige Ausschuss des Europaparlaments und die EU-Staaten hätten einen Durchbruch in den Verhandlungen über die Regeln für audiovisuelle Inhalte erzielt, wie Parlament und EU-Kommission mitteilten.

Auch soziale Netzwerke wie Facebook müssen bei audiovisuellen Inhalten nach Angaben des Parlaments künftig die gleichen Schutz-

und Transparenzregeln erfüllen. Wenn Videos gemeldet würden, die zu Gewalt, Hass oder Terrorismus aufriefen, müsse Abhilfe geschaffen werden. Videoplattformen wie Youtube sollten außerdem verpflichtet werden, Werbung, Sponsoring und Produktplatzierungen kenntlich zu machen.

Die EU-Kommission hatte 2016 eine Überarbeitung der Regeln für audiovisuelle Medien vorgestellt. Das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten wollen Anfang Juni abschließend darüber verhandeln.

Anzeige

Suchen, zählen, gewinnen!

Wie viele Ballons haben wir in diesem Bild versteckt?

Alle Ballons gefunden? Dann einfach Ihre Lösung unter **01378 222 771*** nennen und gewinnen. Bis zum 28. April gibt es täglich 100 Euro in bar zu gewinnen. Aus den Teilnehmern mit der richtigen Lösung ermitteln wir den Tagesgewinner.

Viel Glück!

Heute 100 Euro gewinnen!

* Ein Anruf kostet 50 Cent aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunkpreise können abweichen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unternehmensgruppe Saarbrücker Zeitung sowie deren Angehörige sind von der Teilnahme ausgeschlossen. Teilnahmeschluss ist heute 24 Uhr. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Teilnahmebedingungen sowie Mitspielmöglichkeiten finden Sie auch im Internet unter www.saarbruecker-zeitung.de/gewinnspiele. Die Gewinner werden schriftlich benachrichtigt.